

## Kooperation mit der Entwicklungszusammenarbeit fest etabliert

*Über 4 Jahre nach der Errichtung der EZ-Scout-Stelle beim BGA hat sich die Kooperation mit Institutionen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit fest in der Arbeit des Verbands etabliert. EZ-Scouts sind vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in deutsche Kammern und Verbände entsandte Verbindungsreferenten, die dort zu Kooperationsmöglichkeiten zwischen Privatwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit beraten.*

Ein wichtiges Ergebnis der intensivierten Kooperation ist das Import Promotion Desk (IPD). Es wurde vom BGA gemeinsam mit sequa entwickelt und nahm vor etwa 3 Jahren seine Arbeit auf. sequa ist ein gemeinnütziges Unternehmen, das in enger Kooperation mit der deutschen Wirtschaft Projekte der Entwicklungszusammenarbeit durchführt, die mit öffentlichen und privaten Mitteln finanziert werden. Das IPD wird vom BMZ finanziert. Mit der Errichtung des IPD ist es dem BGA gemeinsam mit seinen Partnern gelungen, Importeuren in Deutschland maßgeschneiderte Unterstützung bei der Suche nach verlässlichen Lieferquellen in Entwicklungs- und Schwellenländern anzubieten und somit eine Lücke im System der deutschen Außenwirtschaftsförderung zu schließen. Der Erfolg des IPD führte zu einer Verlängerung des Projekts und zu einer Erhöhung der vom BMZ bereitgestellten Mittel, was eine Erweiterung der Anzahl der Schwerpunktländer und Sektoren ermöglichte.

### Leuchtturmprojekt IPD

Ein weiterer Ausdruck des verstärkten entwicklungspolitischen Engagements des BGA ist das Verbandspartnerschaftsprojekt in Peru, das seit einem Jahr läuft und ebenfalls vom BMZ finanziert wird. Der BGA unterstützt in diesem Projekt in Zusammenarbeit mit sequa ausgewählte regionale Handelskammern in Peru dabei, ihr Dienstleistungsangebot für Mitgliedsunternehmen und die Interessensvertretung gegenüber der Politik zu verbessern. Dies soll zur Dezentralisierung des Landes und letztlich zum Ausbau der bilateralen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Peru beitragen.

Über diese zwei konkreten Kooperationsprojekte hinaus hat sich auch der Dialog und Austausch zwischen dem BGA-Netzwerk und den Institutionen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahren intensiviert. Der vermehrte Einsatz von Mitarbeitern des BGA und seiner Mitgliedsverbände als sogenannte Kurzzeitexperten in Projekten der deutschen Entwicklungszusammenarbeit trägt zum gegenseitigen Verständnis bei. Zudem werden BGA-Mitarbeiter vom BMZ regelmäßig als Experten herangezogen, sei es im Rahmen von Fachgesprächen, bei der Planung handelsbezogener Entwicklungsprojekte oder als Interviewpartner bei der Erstellung von Studien. Dies ermöglicht dem BGA nicht nur die Erfahrungen und Expertise seines Netzwerks für die Entwicklungspolitik zur Verfügung zu stellen, sondern auch den Interessen des deutschen Groß- und Außenhandels in der Entwicklungszusammenarbeit Gehör zu verschaffen.

### Dialog und Austausch intensiviert

Der BGA hat zudem sein Engagement in Subsahara Afrika in den letzten Jahren verstärkt, einer Region, die für die Entwicklungszusammenarbeit von großer Bedeutung ist. Im Jahr 2013 wurde der BGA neue Trägerorganisation der Subsahara Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI). Einige afrikanische Länder sind bereits heute wichtige Lieferanten für deutsche Unternehmen, vor allem im Rohstoff- und Agrarsektor. Aufgrund der Wachstumsdynamik in Teilen des afrikanischen Kontinents werden aus Sicht des BGA in Zukunft neue Absatzmärkte für Exporte deutscher Unternehmen entstehen.

[Andreas Edele]

## BGA AKTUELL

### Keine Sommerpause für den Außenhandel dank billigem Euro

„Die Sommerpause ist im Außenhandel aufgrund des billigen Euro ausgefallen. Dabei fußt das Wachstum gleichermaßen auf einer Belebung der Nachfrage in und außerhalb der EU. Dank niedrigem Euro wuchsen innerhalb der EU insbesondere die Ausfuhren in die Länder, die nicht der Eurozone angehören. Noch stärker stiegen sogar die Ausfuhren in die Drittländer. Waren in der Vergangenheit jedoch die BRIC-Staaten die Wachstumstreiber, sind es heute insbesondere die USA. So sind alleine im ersten Halbjahr die Ausfuhren um fast ein Viertel gestiegen.“ Dies erklärte BGA-Präsident Anton F. Börner in Berlin zur Entwicklung des deutschen Außenhandels.

Zuvor hatte das Statistische Bundesamt die Außenhandelszahlen für August 2015 bekanntgegeben. Demnach sind die deutschen Exporte im Vorjahresvergleich um 5,0 Prozent gestiegen, während die Importe um 4,0 Prozent zugelegt haben. Damit schloss die Außenhandelsbilanz im August mit einem Überschuss von 15,3 Milliarden Euro ab.

„Auch wenn der Außenhandel erfreuliche Wachstumsraten zeigt, handelt es sich hierbei doch um ein äußerst fragiles Wachstum. So sind die Zuwächse zu weiten Teilen auch mittels eines niedrigen Eurokurses erkaufte – eine überaus gefährliche und auch nur kurzfristig erfolgreiche Politik, da eine Abwertungsspirale niemals in unserem Interesse liegen kann. Darüber hinaus sorgen glücklicherweise die gleichzeitig überaus niedrigen Rohstoffpreise dafür, dass die negativen Effekte dieser Politik derzeit nicht auf unsere Importpreise durchschlagen. Gleichwohl belastet der niedrige Ölpreis die Nachfrage aus dem Nahen und Mittleren Osten und Russland genauso wie aus den erdölfördernden Staaten in Lateinamerika und Afrika. Auf den guten Außenhandelszahlen können wir uns also nicht ausruhen. Vielmehr sollten wir die Gunst der Stunde nutzen und unsere Hausaufgaben erledigen. Hierzu zählt gerade auch der Abschluss des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP, um unsere Gestaltungsmöglichkeiten auch in Zukunft zu sichern“, so Börner abschließend.

① BGA-Pressemitteilung vom 8. Oktober 2015

### BGA zum Herbstgutachten:

Deutschland wird die neuen Herausforderungen meistern, allerdings macht dies ganz erhebliche Kraftanstrengungen erforderlich. Grundlage ist ein weiterhin robustes Wachstum hierzulande - trotz erwarteter Abschwächung. Allerdings steht dieses Wachstum auf tönernen Füßen. So ist der außenwirtschaftliche Zuwachs in weiten Teilen auch mit einem niedrigen Eurokurs erkaufte. Notwendig bleiben deshalb die Stärkung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und insbesondere der Investitionstätigkeit.

Die Flüchtlingsströme sind eine enorme gesamtgesellschaftliche nationale wie europäische Herausforderung. Integration und Bildung sind Grundvoraussetzungen für ein Gelingen. Die damit verbundenen Ausgaben dürfen nicht durch Drehen an der Steuerschraube oder Lockerung der Konsolidierung erfolgen. Entscheidend sind Wachstum und Stabilität am Arbeitsmarkt.

① BGA-Pressemitteilung vom 8. Oktober 2015

### Straßenbau braucht neue Durchführungsstrukturen

Ein intaktes Straßennetz ist für die Leistungskraft und Wettbewerbsfähigkeit gerade auch des Mittelstands in Deutschland unverzichtbar. Aus Sicht der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand ist es daher richtig, dass die Bundesregierung eine Erhöhung der Haushaltsmittel für den Bundesstraßenbau beschlossen hat. Das allein reicht jedoch nicht aus: Auch der Ordnungsrahmen für den Bundesstraßenbau muss modernisiert werden.

Die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand schlägt deshalb die Gründung einer oder mehrerer haushaltsrechtlich und organisatorisch eigenständiger Infrastrukturgesellschaften auf Bundesebene unter Einbeziehung der Länder vor. Da sie in ihrer Tätigkeit nicht auf das Haushaltsjahr begrenzt sind, könnten sie Bau- und Wartungsarbeiten langfristig und nachhaltig sowie Bundesländer übergreifend planen.

Infrastrukturgesellschaften bieten die Chance, schlanke und effiziente Strukturen mit hochqualifizierten Fachkräften aufzubauen. Damit könnten sie in Zusammenarbeit mit den Ländern die Bauherrenkompetenzen wieder stärken, die aufgrund jahrelangen Personalabbaus bei der öffentlichen Hand gelitten haben.

Die Gesellschaften wären an die grundsätzlichen verkehrsplanerischen Prioritätensetzungen der Politik gebunden. Das

Straßennetz und die Gesellschaften verbleiben im Eigentum der öffentlichen Hand.

Die Einbeziehung privaten Fremdkapitals – ergänzend zu Bundesmitteln und Mauteinnahmen - bei marktüblicher Verzinsung, ggf. über eine Fondslösung oder eine öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP), ist möglich. Hingegen wäre es verfehlt, öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) isoliert - also ohne grundsätzlich neue Strukturen im Bundesstraßenbau - als Lösung der Probleme des Ausbaus und Erhalts des Bundesfernstraßennetzes anzusehen. Die Entscheidung über ÖPPs muss auf Basis klarer, positiver Wirtschaftlichkeitsanalysen der einzelnen Projekte erfolgen. Dabei muss ein möglicher Risikotransfer vom Staat auf den privaten Betreiber angemessen in die Analyse eingehen. Zudem gilt es bei der Entscheidung zu bedenken, dass bei ÖPP-Projekten der mittelstandspolitisch begründete Vorrang der Fach- und Teillosgabe nicht greift.

Zu den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand zählen neben dem BGA der Bundesverband der Freien Berufe (BFB), der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA), der Deutsche Industrie und Handelskammertag (DIHK), der Deutsche Raiffeisenverband (DRV), der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV), der Handelsverband Deutschland (HDE), der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) sowie DER MITTELSTANDSVERBUND – ZGV.

**i** Gemeinsame Pressemitteilung der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand (Auszug) vom 7. Oktober 2015

### **Grosso-Verband begrüßt Entscheidung des BGH zur Zulässigkeit von Branchenvereinbarungen**

Der Bundesverband Presse-Grosso begrüßt die vom Bundesgerichtshof am 6.10.15 in Karlsruhe nach mündlicher Verhandlung verkündete Entscheidung im Rechtsverfahren des Hamburger Bauer-Verlages gegen den Verband. Der Kartellsenat gab der Revision des Bundesverbandes statt und hob das Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf vom 26.2.2014 auf. Damit wurde die Klage des Bauer Verlages abgewiesen. Mit dem nun vorliegenden Urteil hat der BGH höchstrichterlich klargestellt, dass Branchenvereinbarungen im Pressevertrieb weiter zulässig sind.

„Das Urteil ist ein Meilenstein für unsere bunte deutsche Medienlandschaft. Es sichert den freien Marktzutritt für alle

Verlage zu vergleichbaren Bedingungen“, erklärt Grosso-Präsident Frank Nolte unmittelbar nach der Verkündung der Entscheidung. Mit dem Abschluss des Verfahrens sei nun wieder Rechtssicherheit für alle Partner geschaffen.

Der Bauer-Verlag hatte 2010 durch seine Tochtergesellschaft Bauer Vertriebs KG ein Verfahren gegen den Bundesverband Presse-Grosso eingeleitet. Der Bundesverband sollte es unterlassen, Branchenvereinbarungen, insbesondere über Konditionen, zentral mit Verlagen zu verhandeln. Das Landgericht Köln und das Oberlandesgericht Düsseldorf folgten zunächst der Rechtsauffassung des Verlages.

**i** Pressemitteilung (Auszug) Bundesverband Presse-Grosso e. V. vom 6. Oktober 2015

### **Halbjahresbericht 2015 und Konjunkturaussichten**

Die Ergebnisse einer Blitzumfrage des Bundesverbandes des Deutschen Getränkefachgroßhandels machen trotz des gemeldeten Umsatzminus für das erste Halbjahr von 0,29 Prozent Hoffnung auf ein passables Ergebnis im Jahr 2015, zumal die gesamte Branche mit rund 3.500 GFGH laut Statistischem Bundesamt ein Minus von 0,58 Prozent ausweist. „Die Monate Juli und August bescherten unseren Unternehmen ein Plus von über sechs beziehungsweise fast elf Prozent“, begründet Günther Guder, Geschäftsführender Vorstand des Bundesverbandes GFGH, den Optimismus.

Die hochsommerlichen Temperaturen im Juli und August hätten Umsätze und Erträge der Mitgliedsunternehmen noch mehr verbessern können, wenn die Hersteller lieferfähiger gewesen wären, bedauert Guder. „Über ein Viertel unserer Mitgliedsunternehmen berichtet, dass sie bestellte Ware nicht abholen konnten und fast 20 Prozent außerdem erhebliche Wartezeiten an den Rampen der Hersteller in Kauf nehmen mussten“, erläutert er, warum unter anderem die Gewinne im ersten Halbjahr um durchschnittlich 1,57 Prozent nachgaben.

„Unsere Mitgliedsunternehmen nutzen zunehmend den Vorteil, beratungsintensivere regionale Biermarken und Spezialitäten präsentieren zu können“, sieht Günther Guder Chancen für Wachstum. Im Jahr 2014 achteten zum ersten Mal mit 51 Prozent mehr Konsumenten auf die Qualität als auf den Preis. GfK ermittelt, dass Werte wie Herkunft und Authentizität weiter an Bedeutung gewinnen und damit dem Vollsortimenter LEH und auch den Getränkefachmärkten Wachstum beschere müssten.

Angesichts rückläufiger Einkaufsakte könne nur intensive Beratung im Getränkefachmarkt für die notwendig höheren Bons pro Kauf sorgen, im Verein mit einer Strategie für die Online-Präsentation und Verkaufsförderung im Internet. „Wir sollten das Internet stärker nutzen“, regt Guder an, „angesichts zunehmender Beschäftigter, die laut GfK immer weniger Zeit haben zum Einkaufsbummel und sich immer gezielter online informieren.“ Erfreulicherweise würden die Mitgliedsunternehmen mit einem Anteil von 26 Prozent verstärkt in die IT investieren.

① Pressemitteilung (Auszug) Bundesverband des Deutschen Getränkefachgroßhandels vom 28. September 2015

## TARIF- UND SOZIALPOLITIK

### Arbeitskosten im 2. Quartal 2015 um 3,1 % höher als im 2. Quartal 2014

In Deutschland sind die Arbeitskosten je geleistete Arbeitsstunde im Zeitraum vom zweiten Quartal 2014 bis zum zweiten Quartal 2015 kalenderbereinigt um 3,1 % gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, stiegen die Arbeitskosten im Vergleich zum Vorquartal saison- und kalenderbereinigt um 0,9 %.

① Destatis-Pressemitteilung (Auszug) vom 8. September 2015

## DIGITALISIERUNG

### EU-Konsultationen zu Geoblocking und Online-Plattformen

Im Rahmen ihrer Strategie für den digitale Binnenmarkt (Digital Single Market) hat die EU-Kommission drei öffentliche Umfragen gestartet.

Mit der Konsultation zum Geoblocking untersucht die Kommission verschiedenen Einschränkungen, mit denen Nutzer, Verbraucher und Unternehmen konfrontiert sind, wenn sie im Internet grenzüberschreitend innerhalb der EU Informationen bereitstellen bzw. abrufen oder Käufe bzw. Verkäufe tätigen. So erhalten etwa Nutzer aufgrund ihres Standortes andere Konditionen in Online-Shops präsentiert oder können bestimmte Waren dort gar nicht erst erwerben.

Die zweite Konsultation zielt auf Erfahrungen mit Online-Plattformen ab, die auch Suchmaschinen, Videoplattformen oder App Stores umfassen. Deren zunehmend zentrale Rolle

in der Internet-Wirtschaft wirft neben der Verbreitung der Inhalte auch Fragen nach Datenschutz auf. Zudem untersucht die Umfrage, wie mit der Haftung von Plattformbetreibern für illegale Inhalte umzugehen ist.

Die dritte Konsultation behandelt die unterschiedlichen Regelungen zur Mehrwertsteuer in den einzelnen Mitgliedsstaaten beim grenzüberschreitenden E-Commerce. Für 2016 hat die Kommission bereits eine legislative Initiative angekündigt, die den Verwaltungsaufwand verringern soll. Die aktuelle Konsultation dient zur Vorbereitung des Prozesses, der gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle EU-Unternehmen bringen und zudem dazu führen soll, dass Abgaben dort abgeführt werden, wo der Konsument zu Hause ist.

① Die Umfragen laufen bis Mitte Dezember. Sollten Sie von einem der vorgenannten Themen betroffen sein und weitere Informationen wünschen, wenden Sie sich bitte an die BGA-Geschäftsstelle: Denis Henkel, denis.henkel@bga.de, Tel. 030 / 590099547.

[Denis Henkel]

### Zitat der Woche

**»Wenn Sie hier nicht ganz vorne mit dabei sind, werden Sie als Hersteller in Zukunft ein Problem haben – da kann das Design noch so toll sein.«**

Harald Krüger, BMW-Vorstandsvorsitzender, zur Digitalisierung des Automobils

### Impressum

Herausgeber: Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. | 10873 Berlin  
Telefon: 030 590099-50 | Telefax 030 590099-519  
info@bga.de | www.bga.de

Chefredaktion und V.i.S.d.P.: André Schwarz  
Redaktion: Iris von Rottenburg  
(in Zusammenarbeit mit den BGA-Fachabteilungen und den BGA-Mitgliedsunternehmen)

Redaktionsschluss: 14. Oktober 2015  
»DIREKT AUS BERLIN« erscheint wöchentlich